



## Koalition ignoriert Expertenanhörungen und beschließt Rasseliste

Nach der Entscheidung durch die Koalitionsmehrheit, an der umstrittenen Rasseliste festzuhalten, erklärt Sabine Berninger, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Innenausschuss: „Nahezu alle Anzuhörenden hatten den Vorschlag als fragwürdig, wissenschaftlich unbegründet und als nicht geeignet sowie wenig zielführend charakterisiert. Vor

allem aber äußern die Anzuhörenden, die ein zweites Mal angehört wurden, größtenteils ihr Unverständnis darüber, dass der Änderungsvorschlag die Anhörungsergebnisse vollständig ignoriert.“ Angehört wurden Experten und Sachverständige, deren inhaltlich begründete Stellungnahmen eigentlich im Gesetzgebungsverfahren qualitativ einfließen sollten. „Diese Stellungnahmen einfach vom Tisch zu wischen, ist Ausdruck machtpolitischer Ignoranz und zeigt, welchen Wert



*DIE LINKE sieht sich durch die Anhörungen bestätigt: Die Verantwortung für die Ungefährlichkeit eines Hundes liegt beim Halter, und die Gefährlichkeit ist nicht an der Rasse festzumachen, sondern am individuellen Verhalten des Hundes.*

parlamentarische Anhörungen für die CDU/SPD-Koalition haben - nämlich keinen.“, resümiert Sabine Berninger. DIE LINKE wird sich mit dem nun mehrheitlich beschlossenen „Thüringer Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren“ nicht zufriedengeben und gemeinsam mit Sachverständigen nach Wegen suchen, wie das Gesetz noch gekippt bzw. geändert werden kann. „Den ThüringerInnen Sicherheit nur vorzugaukeln, kann nicht im Sinne vernünftiger Politik sein.“

## Volksbegehren für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben

(Fortsetzung von Seite 1)

den Bürgerinnen und Bürgern.

„Im Grunde muss aufgepasst werden, dass der richtige Einstieg in ein bürgerfreundliches Kommunalabgabenrecht nicht wieder rückgängig gemacht wird. Die Frage zur Wiedereinführung der Wasserbeiträge stellt sich für uns nicht!“, bekräftigte Bodo Ramelow. Die Unterschriftensammlung läuft bis

zum 5. August. 5.000 Unterschriften müssen bis dahin gesammelt werden, damit das Volksbegehren (bei dem dann innerhalb von vier Monaten rund 180.000 Unterschriften landesweit gesammelt werden müssen) zugelassen wird. Unterschriftenbögen können im Wahlkreisbüro von Sabine Berninger abgeholt und wieder abgegeben werden.



Mehr Infos auf [www.volksbegehren-kommunalabgaben.de](http://www.volksbegehren-kommunalabgaben.de)

### Kluge Worte:

„Nichts auf der Welt ist so mächtig, wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“ (Victor Hugo)

**Kontakt im Landtag:** Sabine Berninger | DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag | Jürgen-Fuchs-Str. 1 | 99096 Erfurt | Tel.: 0361 - 377 2302 | Mail: [berninger@die-linke-thl.de](mailto:berninger@die-linke-thl.de)  
**Im Wahlkreisbüro:** Mitarbeiter: Thomas Schneider | Zimmerstraße 6 | 99310 Arnstadt | Tel.: 03628 - 660 624 | Mail: [wkb-berninger@t-online.de](mailto:wkb-berninger@t-online.de) | [www.sabine-berninger.de](http://www.sabine-berninger.de)

## Thüringer Landtag verpasst Chance für menschenwürdige Flüchtlingspolitik

„Das Verhalten der SPD ruft nur noch Kopfschütteln hervor. Im Bundestag, in dem es für sie keine Mehrheit gibt, stellt die SPD einen Antrag auf komplette Abschaffung der Residenzpflicht. Aber dort, wo eine parlamentarische Mehrheit für menschenwürdige Regelung für Flüchtlinge möglich ist, wie im Thüringer Landtag, verweigert sie ihre Zustimmung“, zeigte sich die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Berninger, besonders enttäuscht über das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion am 17. Juni. „Heute ist nicht nur ein schwarzer Tag für in Thüringen lebende Flüchtlinge, denn für sie ist die Einschränkung des Grundrechtes auf Bewegungsfreiheit parlamentarisch durch die Regierungskoalition manifestiert worden.

Es ist auch ein schwarzer Tag für die parlamentarische Demokratie. Es wurde offenbar, dass die große Koalition Abgeordnete erfolgreich zwingen kann, gegen ihr Gewissen und entgegen ihrer Einstellungen zu stimmen“, so Berninger nach der Abstimmung. Mit einem gemeinsamen Antrag wollten die Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen endlich für die Durchsetzung des Menschenrechtes auf Bewegungsfreiheit in Thüringen sorgen. Gegenstand ist die sogenannte Residenzpflicht, die es Flüchtlingen verbietet, ohne behördliche Erlaubnis einen Landkreis auch nur zeitweise zu verlassen. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt, ebenso wie ein ähnlich lautender der FDP.

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Thüringer Landtag  
[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Termine:

**Polit.Tisch im LinXX.Treff:**

Dienstag, 12.07., 18 Uhr:  
Landtagsgeplauder

06./07./08.07.2011:

Plenarsitzungen Thüringer Landtag

Weitere Termine finden Sie online auf [sabine-berninger.de/termine.htm](http://sabine-berninger.de/termine.htm)

Und für alle Termine gilt:

